

Die neoliberale Vision der sozialen Ordnung: Mythos oder Realität?

Kajder-Gagacka, Maria

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzbeitrag / conference paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Rainer Hampp Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kajder-Gagacka, M. (1995). Die neoliberale Vision der sozialen Ordnung: Mythos oder Realität? In A. Bieszcz-Kaiser, R.-E. Lungwitz, & E. Preusche (Hrsg.), *Industrielle Beziehungen in Ost und West unter Veränderungsdruck* (S. 88-94). München: Hampp. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-429330>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die neoliberale Vision der sozialen Ordnung - Mythos oder Realität?¹

Maria Kajder-Gagacka

1. Neoliberale Theorie und die Vision sozialer Ziele im Transformationsprozeß

Die Transformation der polnischen Wirtschaft stellt nicht nur einen rein ökonomischen Prozeß dar. Das Hauptziel aller Transformationsbemühungen besteht in der Schaffung einer bestimmten Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik und somit in der Herstellung einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung. Demgemäß werden die Richtungen des Umstrukturierungsprozesses durch den Willen bestimmt, in Polen ein modernes marktwirtschaftliches System zusammen mit den dazugehörigen Institutionen einer Zivilgesellschaft zu schaffen, wie sie von dem gegenwärtigen, entwickelten Kapitalismus bekannt sind.

Dieser Sachverhalt wird von allen gesellschaftlichen Kräften in Polen akzeptiert, was durch die Notwendigkeit bedingt ist, über eine entsprechende Zivilisierung die Standards unserer Wirtschaft an diejenigen anzupassen, die in der ganzen Welt existieren. Jedoch rufen sowohl die Bewertung des erreichten Fortschritts bei der Annäherung an diese Standards als auch die formulierten gesellschaftlichen Zielstellungen viele Kontroversen hervor und bleiben ein Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. In ihrer Entwicklung konzentrieren sich die Kontroversen auf drei Probleme:

- Meinungen über die bereits erreichten Ergebnisse im Transformationsprozeß,
- Perspektiven dieses Prozesses,
- Ziele der staatlichen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

¹

In den Diskussionen über diese Probleme gibt es die Tendenz zu einer dualen Sichtweise auf die Kontrahenten, die entweder als „Reformer“ oder „Reformgegner“ klassifiziert werden. Wie von Sadowski festgestellt wurde, existiert eine „Schwarz-Weiß-Logik“, der zufolge Reformer die neoliberale Doktrin verkörpern, während alle Personen mit davon abweichenden Meinungen dem Lager der Reformgegner zugewiesen werden.

Die neoliberale Option, die sowohl Unterstützung durch die Reformer der ersten Solidarnosc-Regierungen als auch durch die Solidarnosc als Gewerkschaft fand, wurde mit dem Ziel vorangetrieben, Marktprinzipien einzuführen und eine neue wirtschaftliche Realität zu entwickeln. Diese Prinzipien beruhten auf einer starken Überzeugung von den nützlichen Effekten eines freien Marktes (die unsichtbare Hand) und der sich daraus ableitenden Tendenz zu einer Begrenzung staatlicher Einmischung in die Wirtschaft. Der erste Premierminister der Nach-Solidarnosc-Periode, Tadeusz Mazowiecki, verkündete sein „Soziales Programm der Marktwirtschaft“, hatte aber Schwierigkeiten, die Bedeutung des Begriffes „sozial“ in diesem Zusammenhang zu erklären.

Die neue Strategie der Transformation beruhte auf liberalen Prinzipien, die, laut der neuen politischen Elite der „Reformer“, durch die Gesellschaft ohne Vorbehalte und Diskussion akzeptiert werden sollten. Der Ausgangspunkt für die Strategie des Aufbaus einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wurde in der Zerstörung aller wirtschaftlichen Institutionen gesehen, die für das frühere System charakteristisch waren. Die Feststellung, daß Transformationen eine totale Zerstörung verlangen, wurde zu einem sehr populären Schlagwort der Politiker.

Das Hauptaugenmerk in diesem Prozeß wurde auf die industrielle und strukturelle Transformation durch Schaffung eines Systems wirtschaftlicher Subjekte gelegt, die gemäß den Prinzipien der Marktwirtschaft agieren sollten sowie durch grundlegende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur. Diese Ziele sollten durch die rasche Verwirklichung eines Privatisierungsprogrammes im staatlichen Sektor erreicht werden, wobei das Ziel erklärtermaßen darin bestand, diesen zu liquidieren, da er als nicht effizient betrachtet wurde. Die strukturellen Eigentumsveränderungen sollten gemäß dieses Programmes durch zentrale staatliche Institutionen, vorzugsweise auf die gleiche Art erfolgen. Der spektakulärste Aspekt dieser Transformation bestand in einer grundlegenden Veränderung der Position der Regierung, der Begrenzung des staatlichen

Interventionismus in der Wirtschaft durch Geldpolitik und Finanzinstrumente. Auf dem sozialen Gebiet war dieses Programm durch einen allmählichen Rückzug des Staates aus seinen sozialpolitischen Verpflichtungen und durch einen Verzicht auf Paternalismus begleitet. Der freie Markt wurde als wichtiger Faktor auch bei der Transformation sozialer Denk- und Verhaltensweisen, einschließlich des wirtschaftlichen Handelns der Bürger, betrachtet. Man erwartete, daß die abnehmende Rolle des Staates einen grundlegenden qualitativen Wandel von Verhaltensmustern hervorrufen würde. Natürlich wurden bestimmte Formen der Kooperation sofort als Anachronismen des sozialistischen Systems zurückgewiesen und durch das Konzept von individuellen Aktivitäten ersetzt. Liberale Reformer entschieden, daß der einzige Weg zum Erfolg in individuellen Aktionen und individuellem Unternehmertum bestünde. Da die rechtlichen und institutionellen Normen für solche Aktivitäten zum damaligen Zeitpunkt noch nicht existierten, war diese Position recht fragwürdig.

Es wurde zwar anerkannt, daß die Verwirklichung dieser Strategie auch einige negative soziale Auswirkungen mit sich bringen würde (Verringerung des Produktionsausstoßes, Arbeitslosigkeit, fallende Realeinkommen), aber die vorherrschende Meinung befand, daß es lohnend und notwendig sei, für die wirtschaftliche Transformation jeden Preis zu bezahlen. Dies ist der Grund für die häufig wiederholten Erklärungen über die hohen, aber unvermeidlichen und kurzfristigen sozialen Kosten, die einfach akzeptiert werden mußten.

Dieses radikale neoliberale Konzept war in der Tat unter sozialen Gesichtspunkten unakzeptabel. Deshalb ist seit 1992 ein gradueller Rückzug von diesem festzustellen. Zugleich existiert eine starke Strömung, die als eine Art Karikatur der neoliberalen Ideen beschrieben werden kann. Der neoliberale Ansatz wird durch eine Beschränkung der Einflusssphäre demokratischer Institutionen verteidigt, gemäß dem Slogan „erst Markt - dann Demokratie“. Dies steht für soziale Verantwortungslosigkeit und für eine ungenügende Berücksichtigung allgemeiner Grenzen des Machbaren.

2. Das neoliberale Konzept der Industriellen Beziehungen

Einer der zentralen Faktoren des neuen Wirtschaftssystems besteht in den Machtstrukturen auf Unternehmensebene. Es ist typisch für die neoliberale Doktrin in Polen, daß das Problem der Macht an die Frage des Eigentums

gebunden wird. Als einziges Mittel gegen ein unprofessionelles und ineffizientes Management in den Staatsbetrieben wurde deren schnelle Privatisierung angesehen. Im Gegensatz zur These, daß im Prozeß der Transformation kein zentraler Hebel existiert, den man nur zu betätigen braucht, um automatische Veränderungen in der Funktionsweise des Gesamtsystems zu erzielen, wurden in Polen Veränderungen des Eigentums als entscheidender Faktor betrachtet. Zugleich wurde nur ein Privatisierungspfad beschritten. Dies war der Pfad der Übernahme von Staatseigentum durch Individuen, während alle möglichen Wege der Übernahme durch anonyme Eigentümer blockiert wurden. Privatisierung auf diese Weise bedeutete die Ignorierung von Eigentumsbestrebungen anderer Gruppen, z.B. der Arbeiter. Auch die Unterstützung großer Gruppen für den öffentlichen Sektor wurde nicht berücksichtigt.

Das neoliberale Konzept der betrieblichen Machtstrukturen fand seinen umfassendsten Ausdruck im Modell des „Bermudadreiecks“ (A. Zawislak), der diesen Vergleich benutzte, um antipartizipative Wege organisationellen Wandels zu erklären. Ein integratives Element der Schocktherapie bestand in der Überzeugung, daß Gruppeninteressen notwendigerweise zu vernachlässigen seien. Auf der Unternehmensebene bedeutete dies die Begrenzung des Einflusses der Arbeitnehmervertretung in den Entscheidungsprozessen. Die Einwände gegen die Arbeitnehmervertretungen, die zwei Winkel des Dreiecks bildeten, in dem „die Möglichkeiten der Entscheidungsfindung in einem Staatsbetrieb verschwinden“, konzentrierten sich auf folgende Aspekte:

- die Art und Weise der Unternehmensführung,
- den Eigentumswandel,
- das Maß sozialer Orientierung des Unternehmens.

Eine überzogene Partizipation im Entscheidungsprozeß führt zu abnormen Situationen, wenn die Entscheidungen kompetenter Manager durch eine inkompetente oder nur wenig kompetente Selbstverwaltung oder durch Gewerkschaften akzeptiert werden müssen. Sie sind es, die den Eigentumswandel blockieren, um ihre eigenen Interessen zu verteidigen. (Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane kämpfen um ihre nackte Existenz, da sie nur in Staatsunternehmen tätig werden können, Gewerkschaften fürchten die Kosten der Privatisierung wie Entlassungen, sinkende Sozialausgaben u.a.m.)

Die Grenzen dieser liberalen Option sind bereits in einigen privatisierten Unternehmen sichtbar. Die Abschaffung der Vertretungsorgane der Arbeitnehmer wurde als der wichtigste Vorzug der Kommerzialisierung der Unternehmen betrachtet. Jedoch zeigt sich bereits heute ein Defizit an Mechanismen für den Strukturwandel in diesen Unternehmen. Durch das Fehlen struktureller Vermittlungsglieder verstärken sich die Konflikte zwischen Beschäftigten und dem Management. Wie aus Fallstudien bekannt ist, „schloß Arbeiterselbstverwaltung oft Vertreter der lokalen Gemeinschaften mit ein, die bei Auseinandersetzungen eine Vermittlungsrolle übernahmen.“ (Chelminski, Czynczyk 1991)

Auch die Einführung tayloristischer Führungskonzepte bewirkt eine Schwächung der Position der Sozialpartner bei der Unternehmensleitung. Die Gruppe der „Reformer“ betrachtet solche Trends der Transformation als angemessen und erwartet. Taylorismus wird als die einzige akzeptable Alternative zum kollektiven Management betrachtet, wobei in Polen eine besonders rigide Trennung praktiziert wird zwischen denen, die die Entscheidungen treffen, und denjenigen, die sie zu akzeptieren haben.

Ein Vorteil dieser Strategie besteht in der Tatsache, daß sie unter den polnischen Bedingungen, wo sich die Staatsbetriebe mehrheitlich in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden, die billigste zu sein scheint, obwohl sie die Möglichkeiten zur Mobilisierung der Beschäftigten, die sich gerade aus der Partizipation ergeben, angesichts gefährdeter Arbeitsplätze ungenutzt läßt. Die schwache Position der Sozialpartner in einer Situation konfligierender Interessen zwischen Entscheidungsträgern und Arbeitnehmern ist keine Garantie für den sozialen Frieden und stellt eine ernsthafte Bedrohung für den Reformprozeß in den Unternehmen dar. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn es das Management beim Treffen unpopulärer Entscheidungen angesichts fehlender Partner häufig nicht wagt, die sozialen Aktivitäten der Unternehmen aus Angst vor offenen Konflikten zu beschneiden. Dadurch verlangt die Erhaltung des sozialen Friedens paradoxerweise weitgehende Zugeständnisse an die soziale Orientierung der Unternehmen.

3. Die Gesellschaft und die neoliberalen Fundamente der sozioökonomischen Ordnung

Die Schaffung der Grundlagen der neuen sozioökonomischen Ordnung ist gemäß einiger Konzepte der Transformation aufgrund der gegebenen sozioökonomischen Bedingungen immer eine komplexe Aufgabe. Die politischen Eliten müssen diese Bedingungen in ihr Konzept aufnehmen und die Ziele in Bezug setzen zu den Möglichkeiten ihrer Realisierung. Ein derart konsistentes Wertesystem, integriert in eine neue Ideologie, kann die Gesellschaft im Transformationsprozeß angesichts des Fehlens anderer Visionen vereinen. Die liberale Ideologie ist dafür jedoch gänzlich ungeeignet. Sie ist nicht hilfreich bei der Mobilisierung sozialer Aktivitäten im Transformationsprozeß und vor allem kollidiert sie mit den stark verinnerlichten egalitären Mustern, der staatlich garantierten Unterstützung für soziale Leistungen usw. Der für den Liberalismus typische Slogan „*Hilf-Dir-Selbst*“ sowie die scharfe Konkurrenz werden durch verschiedene Gruppen nicht akzeptiert und rufen deren Widerstand gegen die Veränderungen hervor. Der Transformationsprozeß sollte nicht nur unter Bezug auf die Aktivitäten der wirtschaftlichen Akteure bewertet werden. Bei einer Veränderung der gesellschaftlichen Realität sollte das Individuum die Möglichkeit haben, nicht nur die neuen Prinzipien zu sehen, sondern es sollte in der Lage sein, diese zu handhaben, um seine eigenen Ziele zu erreichen. Die Transformation der Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung, wie sie durch die politische Elite Polens betrieben wird, ist für die große Mehrheit der Bürger auch deshalb unakzeptabel, weil diese neuen Prinzipien nicht hinreichend transparent sind. Sie bieten keinen Raum für die Definition von Möglichkeiten und Perspektiven einer Neuorientierung verschiedener Gruppen innerhalb der kapitalistischen Strukturen, was selbst eine Art sozialer Kosten darstellt und zu einem fallenden Niveau der Akzeptanz für die Reformen führt. Es scheint, daß politische und andere nicht-ökonomische Faktoren noch von sehr großer Bedeutung bei der Gestaltung der neuen gesellschaftlichen Ordnung sind.

K. Galbright kommentiert die Situation folgendermaßen: *„Die Frage der Systemtransformation in Richtung Markt sollte nicht auf der Grundlage von Ideologien oder allgemeiner Prinzipien gelöst werden. Der Weg der Transition zu einem System der Marktwirtschaft sollte ein pragmatischer sein, die Entscheidungen bezüglich einzelner Bereiche der Wirtschaft sollten auf der Grundlage der geeignetsten Aktivitäten in der betreffenden Hinsicht und nicht*

unter dem Aspekt ihrer Übereinstimmung mit ideologischen Kriterien getroffen werden. ...Eine große Zahl westlicher Berater (in Polen - d. A.) vernachlässigt die Kosten eines derartigen sozialen Wandels wie Arbeitslosigkeit, Inflation und ein dramatisches Sinken des Lebensstandards. Sie betrachten darüber hinaus diese Kosten manchmal als eine notwendige Therapie. Aus der Erfahrung der Arbeitslosigkeit bis hin zum Hunger soll die neue Arbeitsethik und die Arbeitskraft geboren werden, die bereit ist, die Prinzipien des freien Unternehmertums zu akzeptieren. Aber diejenigen, die das Unternehmertum am meisten anpreisen, sind in der Regel diejenigen, die die damit verbundenen Probleme nicht erleiden müssen. Unter anderem deshalb möchte ich die mittel-/osteuropäischen Länder überzeugen, daß sie eine übergroße Eile vermeiden sollten, um nicht ein kaum funktionsfähiges kommunistisches System durch etwas abzulösen, das überhaupt kein System ist“ (Galbraith 1991).

Der Erfolg bei der Rekonstruktion der polnischen Industrie und bei der Errichtung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wird davon abhängen, wie die Menschen diesen Prozeß mittragen. Die Regierung, die Lenker der Veränderungen, die Politiker und Wirtschaftsführer sollten alles tun, um die Menschen davon zu überzeugen.

Literatur:

Buchner-Jeziorska, A. (1993): People in Economy, Sociological Studies, 3/4

Chelminski, Z., Czynczyk, A. (1991): Social Barriers of Privatisation, Legitimity of Industrial Order, Warschau

Galbright, J.K. (1991): Silesian Economic Forum: Searching for a Recipe for Success. Rzeczpospolita No. 82, April 8

Morawski, W. (1994): The Twilight of State's Socialism, Warsaw

Staniszki, J. (1994): The Dilemmas of Transition, Warsaw